

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats 7. Juni 2018

Ort: Seefischkochstudio, Bremerhaven

Beginn: 17:20 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz:

Dr. Klaus Sondergeld

Rundfunkrat:

Andreas Brandes
Martina Burandt
Liviu Cornea
Matthias Dembski
Pierre Demirel
Manuel Diskaya
Wolf Arne Frankenstein
Sonja Glasmeyer
Wolfgang Grotheer
Walter Henschen
Michael Horn
Dr. Hermann Kuhn
Christian Linker
Helge Niessen
Bernd Panzer
Wilhelm Rösing
Klaus Schloesser
Norbert Wilke
Thomas von Zabern

Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring

Senatskanzlei:

Dr. Enzo Vial

Radio Bremen:

Jan Metzger
Brigitta Nickelsen
Jan Weyrauch
Jens Böttger
Sven Carlson
Martje Freese
Michael Glöckner
Martin Niemeyer
Bärbel Peters
Jan Schrader
Heike Wilke

Personalrat / Redakteursausschuss:

Gerrit Busch
Anke Sommer

Frauenbeauftragte

Dorothea Hartz

Protokoll:

Nina Gabriel

Entschuldigt:

Vom Rundfunkrat:

Doris Achelwilm, in Vertretung anwesend Michael Horn
Annika Brinkmann, in Vertretung anwesend Helge Niessen
Christine Finckh, in Vertretung anwesend Martina Burandt
Dr. Beate Porombka, in Vertretung anwesend Pierre Demirel
Claas-Tido Zypress, in Vertretung anwesend Christine Bornkeßel

Ibrahim Bagarkasi und seine Stellvertreterin Anna Igho Priester
Annette Düring und ihr Stellvertreter Dr. Tim Voss
Karin Fricke und ihr Stellvertreter Wilhelm Behrens
Michael Frost und seine Stellvertreterin Martina Kirschstein-Klingner
Ute Golasowski und ihr Stellvertreter Gerrit Cegiela
Prof. Dr. Lambert Grosskopf und seine Stellvertreterin Karin Kiese
Farina Kemp-Bedoui und ihr Stellvertreter Mehmet Karabacak
Peter Kruse und seine Stellvertreterin Nathalie Sander
Thomas Kurzke und seine Stellvertreterin Claudia Kessler
Katrin Lehmann und ihr Stellvertreter Sergej Strelow
Heinrich Welke

Personalrat / Redakteursausschuss / Publikumsbeauftragte:

Rainer Kahrs
Eva Linke

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Rundfunkratssitzung vom 15. März 2018
 3. Bericht des Vorsitzenden
 4. Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates
 5. Bericht des Intendanten
Vorlage 06/2018
 6. Berichte aus den Ausschüssen
 - a. Finanz- und Organisationsausschuss
 - b. Fernsehausschuss
 - c. Hörfunkausschuss
 - d. Zukunftsausschuss
 7. Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
 8. Entsendung eines Mitglieds in den ARTE-Programmbeirat
Vorlage 07/2018
 9. Nachwahl eines Mitglieds für den Finanz- und Organisationsausschuss
Vorlage 08/2018
 10. Datenschutzangelegenheiten
 - a. Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung bei Radio Bremen
Präsentation Sven Carlson
 - b. Bestellung einer / eines Datenschutzbeauftragten
Vorlage 09/2018
 11. Bericht der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
Vorlage 10/2018
 12. Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten
Vorlage 11/2018
 13. Bericht über die Situation der weiblichen Beschäftigten bei Radio Bremen
Vorlage 12/2018
Stellungnahme der Frauenbeauftragten Dorothea Hartz
 14. Bericht der Jugendschutzbeauftragten
Vorlage 13/2018
Bärbel Peters, Jugendschutzbeauftragte Radio Bremen
 15. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 14/2018
 16. Änderung der Aufwandsentschädigungen für die Gremien von Radio Bremen
Vorschlag des Präsidiums
 17. Wahl einer Findungskommission zur Wahl einer Intendantin / eines Intendanten
Vorlage des Rundfunkratsvorsitzenden
 18. Verschiedenes
-

Herr Dr. Sondergeld begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats um 17:20 Uhr.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der Rundfunkratssitzung vom 15. März 2018

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 3: Bericht des Vorsitzenden

Herr Dr. Sondergeld verweist auf die mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung versandte Stellungnahme der Gremienvorsitzendenkonferenz der ARD zu den Überlegungen der Länder-AG „Auftrag und Strukturoptimierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten“. Die aktuellen Entwicklungen zu diesem Punkt werde Herr Metzger in seinem Bericht vortragen.

Ferner kommt er auf die inzwischen fünf ausgestrahlten Folgen von „Rabiat“ im Ersten Deutschen Fernsehen zu sprechen und macht deutlich, dass Radio Bremen die einzige Landesrundfunkanstalt mit eigenem Reportageplatz im Ersten sei. Er beglückwünsche Herrn Weyrauch, welcher von der vergangenen Fernsehprogrammkonferenz Optimismus verbreiten könne: Es werde wahrscheinlich eine Fortsetzung von „Rabiat“ geben. Gleichwohl werde sich der Fernsehausschusses des Rundfunkrats in diesem Jahr nochmals intensiv mit den einzelnen Reportagen befassen.

TOP 4: Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

Herr Prof. Dr. von der Vring berichtet von der Sitzung des Verwaltungsrats am 25. Mai 2018. Zu Beginn der Sitzung habe man mit Roland Warmbein ein neues stellvertretendes vorsitzführendes Mitglied gewählt und anschließend die Mitglieder für die Findungskommission nominiert. Neben dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden sei Dr. Wolfgang Schrörs gewählt worden. Nach dem Beschluss der Übertragung des Tarifabschlusses auf die Mitglieder des Direktoriums und AT-Angestellte, habe man den zentralen Punkt der Sitzung, den Bericht über die Revisionsprüfung bei Radio Bremen behandelt. Man erhalte jährlich einen Bericht über die, durch den NDR bei Radio Bremen durchgeführte, Revisionstätigkeit. Dieser enthalte zusätzlich die Themen, die einzelnen Prüfungen sowie deren Ergebnisse, aber auch das Follow-Up – wie die Vorschläge und Stellungnahmen des letzten Jahres behandelt und umgesetzt worden seien. Zum heutigen Tagesordnungspunkt 16 „Änderung der Aufwandsentschädigungen für die Gremien von Radio Bremen“ habe Herr Dr. Sondergeld auch im Verwaltungsrat informiert. Neben den regelmäßigen Tagesordnungspunkten „Bericht des Intendanten“, „Berichte aus den Aufsichtsräten“ und „Finanzielles Unternehmenscockpit“ habe man ebenfalls den Bericht der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaats-

vertrag und den Bericht über die Situation der weiblichen Beschäftigten bei Radio Bremen erhalten. Abschließend habe der Verwaltungsrat organisatorische Änderungen im Direktorium für Unternehmensentwicklung und Betrieb beschlossen. Abschließend regt er an, die ARD-Akzeptanzstudie 2018 auch im Rundfunkrat zu betrachten. Darin werde der hohe Zuspruch der ARD erneut deutlich.

TOP 5: Bericht des Intendanten

Vorlage 06/2018

Herr Metzger ergänzt seinen schriftlichen Bericht um folgende Punkte:

Neufassung der Beauftragung öffentlich-rechtlicher Sender

Auf der kommenden Ministerpräsidentinnen- und -präsidentenkonferenz (MPK) Mitte Juni würden voraussichtlich der Telemedienauftrag als auch Fragen zum ARD-Projekt „Auftrag und Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ behandelt.

Bezüglich des Auftrags der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten lägen mittlerweile zwei Vorschläge vor. Erstens das Papier „Reform Staatsvertrag öffentlich-rechtlicher Rundfunk“, welches auf dem ARD-Modell von Schleswig-Holstein basiere und von sechs Ländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Sachsen und Thüringen) getragen werde. Zweitens habe Rheinland-Pfalz nahezu zeitgleich ein weiteres Papier vorgelegt. Nach der Beratung beider Papiere in der MPK, werde im Anschluss wahrscheinlich eines als Ausgangspunkt für strukturelle Veränderungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk herangezogen sowie anschließend zur weiteren Bearbeitung an die Fachebene verwiesen.

Ferner werde darüber spekuliert, ob die Länder in der kommenden Woche ebenfalls über die Novellierung des Telemedienauftrags diskutieren würden. Der vorliegende Vorschlag enthalte einige Verbesserungen, jedoch auch weiterhin Unklarheiten bei den zentralen Streitpunkten „Presseähnlichkeit“ und „Sendungsbezug“. In der ARD gebe es hierzu bislang lediglich einen informellen Austausch. Zusätzlich sehe der Vorschlag die Einrichtung einer Schlichtungsstelle zwischen den Verlegern auf der einen und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf der anderen Seite vor. Diese soll vor möglichen wettbewerbsgerichtlichen Auseinandersetzungen Probleme möglichst einvernehmlich lösen. Die Schlichtungsstelle könne jedoch keine verbindlichen Entscheidungen treffen, sondern lediglich Empfehlungen aussprechen. In diesem Zusammenhang habe es vorbereitende Treffen zwischen Abgesandten von ARD, ZDF und Deutschlandradio mit Vertretern der Verleger gegeben. Von Länderseite seien Heike Raab für Rheinland-Pfalz und Rainer Robra aus Sachsen-Anhalt vertreten, für den BDZV sei Mathias Döpfner federführend und von Seiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien Stefan Raue (Deutschlandradio), Dr. Thomas Bellut (ZDF) und, weil Ulrich Wilhelm terminlich verhindert gewesen sei, Prof. Dr. Karola Wille (ARD) anwesend gewesen. Die Idee der Medienpolitik sei, eine Einigung zwischen diesen beiden Parteien herbeizuführen, um so auch die Länder zu einer Einigung führen zu können.

Organisatorische Änderungen

In der Direktion für Unternehmensentwicklung und Betrieb werde eine neue Stabstelle „Organisations- und Personalentwicklung“ entstehen, in dem die bereits in der Personalabteilung bestehende Einheit verortet und zukünftig direkt der Direktorin unterstellt werde. Diese Änderung sei mit der Personalvertretung abgestimmt und der Verwaltungsrat habe in seiner vergangenen Sitzung ebenfalls zugestimmt.

Uneinigkeit bestehe in der Maßnahme, fünf Kolleginnen und Kollegen aus der „Abrechnung“ bei Radio Bremen in die Bremedia Produktion GmbH zu überführen. Der Personalrat und die Geschäftsleitung befänden sich hier im Verfahren bei der Einigungsstelle.

Ferner sei eine weitere organisatorische Änderung in der Intendanz vorgesehen. Aktuell gebe es einen Kollegen für „Interne Kommunikation und Unternehmensdarstellung“, die Abteilung „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ sowie das Marketing, welches zurzeit in der Radio Bremen Media GmbH angesiedelt sei. Diese drei Abteilungen sollen im Laufe des Jahres zu einer Abteilung „Kommunikation“ in der Intendanz zusammengeführt werden. Die Mitbestimmung sei für diese Maßnahme bereits abgeschlossen, so dass man damit in die nächste Verwaltungsratssitzung gehen werde. Die Leitung der neuen Abteilung solle dann ausgeschrieben werden.

AG-Diversity

In der vergangenen Rundfunkratssitzung habe es Nachfragen zum Arbeitsstand der AG-Diversity gegeben. Die AG habe Ende Mai einen Zwischenbericht im Direktorium vorgestellt. Die Hauptaktivität der letzten Monate habe sich auf die Durchführung einer Befragung aller Kolleginnen und Kollegen zu dem Themenkomplex „Diversität“ konzentriert. Als Ergebnis solle aus der Vielzahl an möglichen Optionen zur Förderung von Diversität im Unternehmen diese herausgefiltert werden, die im Haus als am wichtigsten empfunden würden. Die Auswertung zu dieser Untersuchung werde demnächst ebenfalls dem Direktorium präsentiert. Es habe sich bereits gezeigt, dass das Thema der Zusammenarbeit zwischen älteren und jüngeren Kolleginnen und Kollegen das Haus beschäftige. Weiter spiele die Steigerung des Anteils an Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit sowie die Förderung von Mitarbeitenden mit Behinderung eine Rolle. Sobald die abschließenden Ergebnisse vorlägen, werde man mit der AG, den Führungskräften und in einem entsprechenden Funkhausgespräch in eine hausweite Diskussion einsteigen, um so weitere Handlungsfelder zu identifizieren.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht des Intendanten sowie die mündlichen Ergänzungen zur Kenntnis.

TOP 6: Berichte aus den Ausschüssen**a. Finanz- und Organisationsausschuss**

Kurzprotokoll zur Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses am 31.05.2018 (Tischvorlage)

Herr Wilke informiert, er sei bei der letzten Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses krankheitsbedingt verhindert gewesen. Für inhaltliche Nachfragen stehe Herr Dembski, welcher die Sitzung in Vertretung geleitet habe, zur Verfügung.

b. Fernsehausschuss

Kurzprotokoll zur Sitzung des Fernsehausschusses am 25.04.2018

Herr Schloesser fasst zusammen, der Fernsehausschuss habe sich in seiner Sitzung am 25. April 2018 schwerpunktmäßig mit dem Zweiteiler „Gladbeck“ sowie der Dokumentation „Das Geiseldrama von Gladbeck – danach war alles anders“ befasst. Die Mitglieder des Ausschusses hätten zahlreiche positive und gelungene Aspekte betont und wenig kritisiert. Hervorheben wolle er diesbezüglich das wiederholte Lob, dass sowohl im Spielfilm als auch in der Dokumentation die Perspektive der Opfer eingenommen worden sei. Abschließend habe Herr von Bötticher einen kurzen Ausblick auf „Rabiat“ gegeben – der Fernsehausschuss strebe eine ausführliche Programmebeobachtung aller Beiträge von „Rabiat“ im Laufe des Jahres an.

c. Hörfunkausschuss

Kurzprotokoll zur Sitzung des Hörfunkausschusses am 12.04.2018

Herr Dr. Sondergeld stellt fest, dass sowohl die Hörfunkausschussvorsitzende Christine Finckh als auch ihre Stellvertreterin Beate Röllecke heute nicht anwesend seien und verweist auf das Kurzprotokoll zur Sitzung des Hörfunkausschusses am 12. April 2018.

d. Zukunftsausschuss

Kurzprotokoll zur Sitzung des Zukunftsausschusses am 19.04.2018

Herr Dr. Sondergeld verweist auf das Kurzprotokoll zur Sitzung des Zukunftsausschusses am 19. April 2018, da die Vorsitzende Annette Düring und ihre Stellvertreterin Doris Achelwilm nicht anwesend seien.

Ein Rundfunkratsmitglied erläutert, es habe den Begriff „Audio Mining“ aus dem Kurzprotokoll der Sitzung des Zukunftsausschusses recherchiert und könne kurz erklären, dass es sich dabei um eine Software handle, welche vom Fraunhofer Institut entwickelt worden sei. Mit dieser könne man über Wortschatzlisten oder über phonetische Merkmale Quellen ausfindig machen.

TOP 7: Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-ProgrammbeiratBericht vom ARTE-Programmbeirat

Herr von Zabern teilt mit, dass er an der letzten Sitzung des ARTE-Programmbeirats am 14./15. März in Potsdam krankheitsbedingt nicht habe teilnehmen können. Nichtsdestotrotz habe er sich über die wichtigsten Diskussionspunkte informieren lassen. Es gebe einige neue Projekte bei ARTE, welche unter anderem zur Europawahl im Mai 2019 ausgestrahlt werden sollen. Die Dokumentation „24 Stunden Europa“ werde in 30 verschiedenen Ländern mit 40 Menschen parallel gedreht. (Es habe schon einmal mit „24 Stunden Berlin“ ein ähnliches Projekt gegeben.) Dieses Projekt solle vor Ausstrahlung von allen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gemeinsam beworben werden. Ein weiteres Vorhaben sei die Doku-Serie „18 – Krieg der Träume“, in der mit 13 verschiedenen Lebensentwürfen die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg dargestellt und nacherzählt werde. Die Ausstrahlung sei für Herbst 2018 geplant. „Grand Accord Documentaire“ sei ein weiteres interessantes Konzept, welches das besondere Engagement von ARTE im Dokumentarfilm verdeutlichen werde. Für die Umsetzung sei ein Fond von 3 Mio. € aus Mitteln von ARTE Deutschland angesetzt worden. Zusätzliche Mittel sollen von Filmförderungsanstalten eingeworben werden. Vorgesehen sei, bis zu sechs zusätzliche hochwertige deutsch-französische und europäische Koproduktionen pro Jahr zu ermöglichen – die Ausstrahlung sei entsprechend für die Prime Time vorgesehen.

Bernd Mütter sei seit Januar neuer Programmdirektor bei ARTE, die Stellvertretung übernehme Emmanuel Tourpe. Bernd Mütter habe seine Programmplanung mit dem Titel „ARTE Experience 2020“ vorgestellt. Demnach werde Verlässlichkeit im Programm weitergeführt, mit einzelnen, überraschenden und herausragenden Programmteilen und Beiträgen. Das zentrale Thema in seiner Zeit als Programmdirektor sei die Europäisierung des Senders. Auch wenn keine weiteren Länder in die Gesellschaft aufgenommen würden, erhielten Inhalte aus anderen europäischen Ländern in das Programm Einzug – das Programm solle europäisiert werden, da sich ARTE zunehmend als Sender für Europa verstehe. In diesem Zusammenhang stehe auch die weitere Untertitelung von ARTE-Programmen, die non-linear abrufbar seien. Hierfür seien von der EU weitere 2 Mio. € bewilligt worden, so dass ab Juli 2018 mit Italienisch eine Untertitelung in sechs Sprachen angeboten werde. Ferner sei berichtet worden, dass ARTE weiterhin sehr erfolgreich im Internet und den Sozialen Medien sei. Die non-lineare Nutzung habe 2017 um 68 Prozent zugenommen.

Abschließend macht Herr von Zabern auf die Sendung „28 Minuten“ aufmerksam. Diese Diskussionssendung zu unterschiedlichen politischen (meist französischen, aber auch internationalen) Themen, werde in Frankreich erfolgreich von montags bis freitags um 20:05 Uhr ausgestrahlt. Im deutschen Programm werde diese Diskussionssendung jedoch morgens um 3:40 Uhr gesendet und sei entsprechend weitestgehend unbekannt. Er habe dies im ARTE-Programmbeirat bereits mehrfach thematisiert und einen besseren

Sendeplatz für die deutsche Ausstrahlung angeregt. Problematisch sei, dass diese Diskussionssendung auf Französisch mit deutschen Untertiteln gezeigt werde und man in Deutschland synchronisierte Beiträge gewohnt sei. Auf der letzten Sitzung des ARTE-Programmbeirats in diesem Jahr, werde man sich intensiv mit der Sendung befassen und Mitglieder der Redaktion zu Gast haben. Er regt an, die Sendung in der Mediathek von ARTE zu verfolgen und ihm eine entsprechende Rückmeldung zu geben, ob sein Engagement gerechtfertigt sei.

Herr Dr. Sondergeld macht deutlich, dass der Rundfunkrat Herr von Zabern in seinem Bemühen und seiner Leidenschaft für dieses Programmangebot von ARTE unterstütze.

Bericht vom ARD-Programmbeirat

Herr Dr. Kuhn berichtet von zwei Sitzungen des ARD-Programmbeirats (10./11. April 2018 in Potsdam und 8./9. Mai 2018 in München) und einer gemeinsamen Sitzung mit den Programmdirektorinnen und -direktoren der ARD am 6./7. Juni 2018 in Köln.

Der Programmbeirat habe mit den Direktorinnen und Direktoren unter anderem über die Beobachtungen zu einem Jahr „Tatort“ und „Polizeiruf 110“ gesprochen. Beide Sendungen seien in unterschiedlicher Weise Flaggschiffe der ARD, die nach wie vor unter vollen Segeln liefen und entsprechend über eine gute Akzeptanz sowie hohe Zuschauerwerte verfügen würden. Durch die regional unterschiedlichen Formate mit den besonderen Ermittler-Teams entstünden zusätzliche eine hohe Zuschauerbindung sowie treue Fan-Gemeinden. Der Programmbeirat habe lediglich in den folgenden drei Punkten Handlungs- bzw. Veränderungsbedarf gesehen: Erstens ermutige man die ARD und alle Rundfunkanstalten, Experimente zuzulassen, auch wenn diese zeitweise nicht gelingen würden (siehe die Tatort-Folge „Babbeldasch“). Zweitens sei man der Auffassung, dass die Tatorte weiterhin gesellschaftliche Fragen und Verhältnisse widerspiegeln und aufgreifen sollten. Jedoch sei in den letzten ein bis zwei Jahren das Thema „Flüchtlinge“ dominierend. Dies werde keinesfalls schwarz / weiß dargestellt – im Gegenteil, in der Regel sei es sympathisierend und Vorurteile entkräftend gewesen. Es sei dennoch der Eindruck vermittelt worden, dass die Flüchtlings-Szene ein besonderer Hort von Kriminalität sei. Diese Themendoppelungen hätten die Programmdirektorinnen und -direktoren ebenfalls gesehen, jedoch auf die föderale Struktur der ARD verwiesen. Zusätzlich habe man noch über die Darstellung von Gewalt und Brutalität insgesamt beraten. Der Programmbeirat habe im Vergleich zu früheren Feststellungen beobachtet, dass es aktuell weniger brutale Gewaltszenen gebe – es habe eine Reihe von sehr guten Tatorten gegeben, die ohne Gewaltdarstellungen ausgekommen seien. Auf Anregung des Fernsehausschusses von Radio Bremen habe er selbst vorgetragen, dass manche Szenen in Pathologien nicht angemessen seien. Drittens habe man betont, dass eine verständliche Sprache wichtig sei. Es gebe einige Beispiele, bei denen man in eigentlichen Kernszenen nichts verstehen konnte, da guschelt oder das Gesagte von Musik übertönt worden sei. Die Direktorinnen und Direktoren hätten als Ursache auch technische Probleme angeführt. Es

sei jedoch nach Ansicht des ARD-Programmbeirats auch eine Frage der Ausbildung und Auswahl der Schauspielerinnen und Schauspieler.

Man habe sich darüber hinaus mit den Programmdirektorinnen und -direktoren über den Film-Mittwoch ausgetauscht. Ohne die Diskussion im Detail widerzugeben, weist Herr Dr. Kuhn darauf hin, dass über gute und weniger gute Beiträge gesprochen worden sei. Wie auch Herr Schloesser bereits aus der Diskussion im Fernsehausschuss hier bei Radio Bremen dargestellt habe, sei der Zweiteiler „Gladbeck“ hervorgehoben worden. Der Programmbeirat sowie die Direktorinnen und Direktoren hätten einheitlich die herausragende Qualität der Produktion gelobt.

In der heutigen Sitzung habe man über die neue Reportagereihe „Rabiat“ diskutiert. Da er die Sitzung habe frühzeitig verlassen müssen, könne er kein abschließendes Urteil vortragen – er gebe jedoch gerne die Tendenz der Diskussion wider. Die Beiträge, welche es jungen Journalistinnen und Journalisten ermöglichen würden, mit persönlichem Einsatz dunkle Ecken der Gesellschaft zu beleuchten und so zugänglich zu machen, beurteile der Programmbeirat allgemein als ein gutes Format. Leider sei die Folge „Geld. Macht. Glück.“ unter ihren Erwartungen geblieben; der Beitrag „Türken, entscheidet Euch!“ sei hingegen ein exzellentes Stück gewesen und habe den Programmbeirat überzeugt. Die Vorteile dieser Erzählweise könnten jedoch gleichzeitig zu dessen Nachteilen werden. Die einfühlsame Schilderung habe bei einigen Mitgliedern des Programmbeirats den Eindruck der Verharmlosung hinterlassen. Außerdem müsse beachtet werden, dass nicht solche Motive gewählt würden, die lediglich Randphänomene darstellten und keine Bedeutung für die Gesamtgesellschaft aufweisen würden. Bei dem Beitrag „Hass ist ihr Hobby“ hätte sich der Programmbeirat einen Bogenschlag zu allgemeineren Phänomenen wie Mobbing an Schulen / übers Internet gewünscht.

Ein Rundfunkratsmitglied merkt an, es könne sich der positiven Kritik zu „Rabiat“ anschließen. Zusätzlich sei es erfreut, dass die Sendung „Reportage im Ersten“ auf 20:15 Uhr vorgerückt sei und somit eine politische Reportage-Sendung zur Prime Time gezeigt werde. Es regt an, dieser Richtung auch für andere politischen Magazine zu folgen, so dass Qualitätssendungen zu einer Sendezeit gesendet würden, bei der man viele Zuschauenden erreiche.

Herr Weyrauch bedankt sich für den Bericht aus dem ARD-Programmbeirat. Er selbst habe an der gestrigen Sitzung nicht teilnehmen können, da parallel die Hörfunkkommission getagt habe. Man prüfe aktuell, für das kommende Jahr weitere vier „Rabiat“-Folgen zu produzieren. Entsprechend sei Kritik für die Ausrichtung essentiell. Natürlich habe man selbst auch Beobachtungen gemacht – die Folge „Geld. Macht. Glück.“ sei demnach die mit den besten Einschaltquoten (9,4 Prozent). Auf der anderen Seite sei deutlich geworden, dass sehr abseitige Themen wie „Netzwerk Pervers“ schlechter funktioniert hätten. Er selbst erachte den Beitrag „Türken, entscheidet Euch!“ ebenfalls für das beste Stück der Reihe. Es sei aus dem Leben gegriffen, sehr glaubwürdig und betrachte die Community von innen.

Herr Dr. Kuhn ergänzt, der ARD-Programmbeirat habe im Zusammenhang der mit der Ausstrahlung der „Rabiat“-Folgen einhergehenden Programmierung des Montagabend kritisch angemerkt, dass die Ballung von politischen Reportagen, Diskussionen und Nachrichten ein bisschen zu viel für einen Abend sei.

Herr Dr. Sondergeld begrüßt es, dass mit „Rabiat“ grundsätzlich der Versuch unternommen worden sei, ein neues Format zu etablieren. Er hoffe, dass dieser nicht gleich wieder aufgegeben werde, wenn die Quoten nicht entsprechend ausfielen. Man könne zahlreiche Public Value-Kampagnen ins Leben rufen – am ehesten stelle sich der gesellschaftliche Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch erfolgreiche Projekte und Innovationen unter Beweis. Dementsprechend müssten die Intendantinnen und Intendanten sowie die Programmdirektorinnen und -direktoren ermutigt werden, diesen Weg weiter zu verfolgen. Statt einer Absetzung müsse eher darüber beraten werden, wie die Qualität der Beiträge verbessert werden könne.

Ein Rundfunkratsmitglied fragt, ob für die neuen Folgen von „Rabiat“ mehr Produktionszeit zur Verfügung stehen werde oder ob wieder in einem ähnlichen Zeitraum produziert werde.

Herr Weyrauch stellt dar, dass es immer eines gewissen Vorlaufes bedürfe und die Themen deswegen nicht wochen- oder tagesaktuell sein könnten. Man gehe aktuell davon aus, dass die Beiträge wahrscheinlich wieder im April / Mai gesendet werden würden. Nach der Analyse der bisherigen Folgen werden man spätestens im September / Oktober in die konkrete Planung und Themenfindung für die nächste Staffel gehen. Der Zeitraum sei demnach ähnlich wie bei den Folgen in diesem Jahr.

Ein Mitglied des Rundfunkrats schließt sich den positiven Rückmeldungen zu „Rabiat“ an. Es gebe jedoch zu bedenken, neben der wichtigen und klugen Unterstützung junger Autorinnen und Autoren sowie Fernsehmacherinnen und Fernsehmachern, welche für die Gewinnung von jungen Zielgruppen essentiell seien, die Kolleginnen und Kollegen, welche gutes, „altes“ öffentlich-rechtliches Fernsehen produzierten, nicht zu vergessen.

Herr Weyrauch bestätigt dies und betont, dass es eine Vielzahl an gestandenen Kolleginnen und Kollegen gebe, die sowohl die Produktion von „Rabiat“ unterstützt hätten als auch täglich hervorragende und exzellente Leistung bringen würden. Zum täglichen Erfolg von Radio Bremen würden „buten un binnen“ und die Radioprogramme beitragen. Ein weiteres Beispiel sei die Dokumentation „Das Geiseldrama von Gladbeck – danach war alles anders“.

TOP 8: Entsendung eines Mitglieds in den ARTE-Programmbeirat
Vorlage 07/2018

Herr Dr. Sondergeld verweist auf die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt, welche die Grundlagen ausführlich darlege. Er macht gezielt darauf

aufmerksam, dass die Amtszeit des ARTE-Programmbeirats drei Jahre und die des Rundfunkrats vier Jahre betrage. Demnach sei der oder die neu Gewählte lediglich bis Juni 2020 im Amt, da dann die Amtsperiode des Rundfunkrats ende. Er habe Herrn von Zabern im Vorfeld gefragt und dieser habe sich bereit erklärt, das Amt auch weiterhin zu übernehmen. Aus diesem Grund schlage er Herrn von Zabern als Entsandten in den ARTE-Programmbeirat vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Der Rundfunkrat beschließt eine offene Abstimmung.

Bei Enthaltung des Kandidaten wird Thomas von Zabern vom Rundfunkrat in den ARTE-Programmbeirat entsandt.

Herr Dr. Sondergeld fragt Herrn von Zabern, ob dieser die Wahl annehme.

Herr von Zabern nimmt die Wahl an und bedankt sich für das Vertrauen.

TOP 9: Nachwahl eines Mitglieds in den Finanz- und Organisationsausschuss
Vorlage 08/2018

Herr Dr. Sondergeld erklärt, das Ausscheiden von Dr. Martina Höhns aus dem Rundfunkrat und somit auch aus dem Finanz- und Organisationsausschuss mache diese Nachwahl notwendig. Er habe im Vorfeld mit Frau Glasmeyer das Gespräch gesucht und schlägt entsprechend Sonja Glasmeyer als neues Mitglied für den Finanz- und Organisationsausschuss vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Der Rundfunkrat beschließt eine offene Abstimmung.

Bei Enthaltung der Kandidatin wählt der Rundfunkrat Sonja Glasmeyer in den Finanz- und Organisationsausschuss.

Frau Glasmeyer nimmt die Wahl gerne an und bedankt sich für das Vor-schussvertrauen.

Herr Dr. Sondergeld informiert den Rundfunkrat, dass Frau Glasmeyer weiterhin Interesse an der Mitarbeit im Zukunftsausschuss geäußert habe.

TOP 10: Datenschutzangelegenheiten
a. Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung bei Radio Bremen
Präsentation Sven Carlson

Präsentation „Die Datenschutzgrundverordnung (EU DSGVO)“ (siehe Anhang)

b. Bestellung einer / eines Datenschutzbeauftragten
Vorlage 09/2018

Herr Carlson merkt an, dass er den Vorsitzenden darüber informiert habe, dass er sein Amt als Datenschutzbeauftragter zum 8. Juni 2018 niederlegen werde.

Dr. Sondergeld bestätigt den rechtzeitigen Eingang des Schreibens, in dem Herr Carlson mit Wirkung zum Folgetag als Datenschutzbeauftragter zurücktrete. Der Rundfunkrat habe deshalb die Pflicht, eine neue Datenschutzbeauftragte bzw. einen neuen Datenschutzbeauftragten zu bestellen. Der Intendant habe in seiner Vorlage Anna-Katharina Kornrumpf vorgeschlagen.

Der Rundfunkrat bestellt Frau Anna-Katharina Kornrumpf einstimmig zur Datenschutzbeauftragten von Radio Bremen.

Frau Kornrumpf bedankt sich für das Vertrauen und nimmt die Wahl an. Sie freue sich – auch im Zusammenhang mit der aktuellen Lage durch die neue EU-Datenschutzgrundverordnung – auf die Herausforderung.

TOP 11: Bericht der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
Vorlage 10/2018

Herr Dr. Sondergeld begrüßt die Handhabung, dass der Bericht der ARD über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Rundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag seit einiger Zeit auch genutzt werde, um zu aktuellen Fragen Stellung zu nehmen und den gesellschaftlichen Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darzustellen. Die Gremienvorsitzendenkonferenz habe den Bericht bereits eingehend beraten.

Der Rundfunkrat nimmt den gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag erstellten Bericht der ARD an die Landtage zur Kenntnis.

TOP 12: Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten
Vorlage 11/2018

Herr Weyrauch verweist auf die halbjährlich veröffentlichte Media-Analyse. Die Daten in der Vorlage seien bereits aus dem März 2018 und infolgedessen nicht mehr ganz aktuell. Nichtsdestotrotz wolle er auf die folgenden Punkte gesondert eingehen:

Im September 2017 habe man den Namenswechsel von Nordwestradio in Bremen Zwei durchgeführt. Die Befürchtung, dass mit diesem Wechsel ein Reichweitenverlust in der MA einhergehen werde, habe sich nicht bestätigt. Bremen Zwei habe in dieser MA das beste Ergebnis in Bremen erzielt, seit es Bremen Zwei / Nordwestradio gebe – die Zahlen hätten sich verdoppelt. Man sei erfreut, dass die Strategie, allein durch den Namenswechsel mehr Men-

schen und Bekanntheit zu erlangen, aufgegangen sei auch wenn sich der neue Name im weiteren Ausstrahlungsgebiet in Niedersachsen noch nicht so stark habe etablieren können. Der Namenswechsel sei von einigen programmlichen Veränderungen am Abend und am Wochenende begleitet worden.

Bei der Entwicklung von Bremen Vier zeige sich in dieser MA ein gegenläufiger Trend. Man sei im Umland weiterhin stark, habe in Bremen jedoch Verluste zu verzeichnen. Als Reaktion habe man programmliche Veränderungen vorgenommen, die im Programm bereits zu hören seien. Da Bremen Vier eine werbetragende Welle sei, würden schlechtere Zahlen gleichzeitig zu weniger Einnahmen führen. Man hoffe demnach, dass die Ergebnisse in der kommenden preisbildenden MA besser ausfallen würden – die Befragungen für die nächste MA seien jedoch bereits durchgeführt worden, so dass die ergriffenen Maßnahmen erst in kommenden MAs wirksam werden könnten.

Bremen Eins sei nach wie vor das erfolgreichste Programm, wachse in Bremen stets weiter und sei klarer Marktführer in Bremen.

Insgesamt decke Radio Bremen mit seinen Radio-Angeboten 49 Prozent des Marktes ab.

Nicht ganz erfreulich sei hingegen die Entwicklung von COSMO. Nach dem Namenswechsel von Funkhaus Europa zu COSMO, welcher vom WDR nicht marketingtechnisch begleitet worden sei, habe das Programm bundesweit viel Reichweite verloren. Es werde wahrscheinlich einige Zeit in Anspruch nehmen, bis sich der Name auch in der MA wieder etabliert habe. Der Frequenzwechsel in Bremen habe vor Ort ebenfalls zum Rückgang der Zahlen geführt, könne jedoch nicht die umfangreichen bundesweiten Verluste erklären.

Ein Rundfunkratsmitglied fragt, ob der Erfolg von Bremen NEXT eine Ursache für die Verluste bei Bremen Vier sein könne.

Herr Weyrauch hält fest, dass eine Neuverteilung von Hörerzahlen solange kein Problem sei, solange die Hörer in der Radio Bremen Familie blieben. Bei Bremen Vier sei man jedoch der Ansicht, dass es sich hier nicht um eine Umverteilung von Bremen Vier zu NEXT handele, sondern um ein eigengemachtes Problem, welches durch programmliche Umstellungen zu heilen sei.

Die Frage **eines Gremienmitglieds**, warum Bremen NEXT noch nicht in der MA ausgewiesen sei, beantwortet **Herr Weyrauch** dahingehend, dass ein Programm für eine Ausweisung zwei Stufen durchlaufen müsse. Zuerst müsse das Programm in einer MA-Befragungswelle 50 Mal ungestützt genannt werden. Um anschließend in der MA ausgewiesen zu werden, benötige man zusätzlich 351 gestützte Nennungen im weitesten Hörerkreis. Es nehme demnach rein technisch einige Zeit in Anspruch, bis diese Stufen durchschritten seien. Dementsprechend gehe man davon aus, dass Bremen NEXT frühestens in der MA 2019 ausgewiesen werde. Nichtsdestotrotz könne man über die Online-Zugriffszahlen bereits beobachten, dass Bremen NEXT erfolgreich sei. Ferner werde in der in Auftrag gegebenen aktuellen Mapping-Studie, welche den gesamten Hörfunk- und Fernsehmarkt untersuche, deutlich, dass Bremen NEXT in seiner Zielgruppe einen relevanten Faktor darstelle.

Auf Nachfrage bezüglich einer möglichen Kannibalisierung zwischen den einzelnen Radio Bremen-Wellen weist **Herr Weyrauch** erneut daraufhin, dass eine Neuverteilung der Hörerzahlen innerhalb der Radio Bremen-Familie zu befürworten sei. Jeder Mensch höre im Durchschnitt drei Radiosender. Durch eine Abgrenzung der einzelnen Wellen untereinander, versuche Radio Bremen diese klarer zu positionieren. Bremen Eins sei demnach in der Altersgruppe 45 und älter, Bremen Vier für 25- bis 45-Jährige und Bremen NEXT für die 15- bis 25-Jährigen vorgesehen; Bremen Zwei sei nicht nach einer bestimmten Altersgruppe positioniert, sondern eher nach einem Kultur- und Informationsbedürfnis. Insofern habe man mit vier Programmen nahezu den gesamten Markt abgedeckt. In der Mapping-Studie werde deutlich, dass diese Positionierung insgesamt gut funktioniere. Bei detaillierter Betrachtung sei weiterhin die Lücke zwischen Bremen Vier und Bremen Eins zu schließen. Durch die Einführung von Bremen NEXT könne Bremen Vier sein Durchschnittsalter etwas anheben und näher an Bremen Eins aufschließen. Demnach fördere man Kannibalisierung und hoffe auf mehr Wechselhörer zwischen Bremen Vier und Bremen Eins. Dies solle eine Abwanderung zu NDR2, ffn oder Antenne Niedersachsen verhindern.

Ein Rundfunkratsmitglied kommt auf den Namenswechsel von Nordwestradio zu Bremen Zwei zurück. Herr Weyrauch habe aufgeführt, dass dieser dem Programm gut getan habe. Das Mitglied fragt, ob man diesen Wechsel demnach hätte früher durchführen sollen bzw. im Umkehrschluss, ob der vorherige Name Nordwestradio falsch gewählt worden sei.

Herr Weyrauch macht deutlich, zum Ende der 1990er Jahre sei eine Weiterführung der bis dahin bekannten Kultur- und Informationswelle Bremen Zwei aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich gewesen. Durch die anschließende Kooperation mit dem Norddeutschen Rundfunk habe man den Namen Nordwestradio eingeführt – eine (rückgängige) Umbenennung sei während dieser Kooperation nicht möglich gewesen. Nachdem diese Kooperation dank des Finanzausgleichs aufgelöst worden sei, habe man den Namenswechsel schnellstmöglich vollzogen.

Auf Nachfrage erklärt **Herr Weyrauch**, dass er COSMO in seiner vorherigen Aufzählung der Programme von Radio Bremen nicht erwähnt habe, weil man lediglich Zulieferer sei und somit keinen Einfluss auf dessen Positionierung habe. Das Programm werde vom WDR produziert und in Nordrhein-Westfalen, Berlin-Brandenburg sowie Bremen ausgestrahlt.

Herr Prof. Dr. von der Vring betont, man müsse stets beachten, dass lediglich ein Drittel der Hörerinnen und Hörer von Radio Bremen im Lande Bremen leben würden – zwei Drittel seien in Niedersachsen ansässig.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht zur Reichweitenentwicklung der Programme von Radio Bremen zur Kenntnis.

TOP 13: Bericht über die Situation der weiblichen Beschäftigten bei Radio Bremen

Vorlage 12/2018

Stellungnahme der Frauenbeauftragten Dorothea Hartz

Herr Dr. Sondergeld informiert, dass man ursprünglich überlegt habe, diesen Tagesordnungspunkt um die Studie „Audiovisuelle Diversität? Geschlechterdarstellungen in Film und Fernsehen in Deutschland“ der Universität Rostock zu ergänzen. Mit Blick auf die umfangreiche Tagesordnung habe man sich geeinigt, dies in der Septembersitzung nachzuholen. Dann könne Frau Hartz erste Reaktionen und Stellungnahmen aus der ARD vorstellen und in die Diskussion miteinfließen lassen.

Frau Nickelsen stellt den Bericht über die Situation der weiblichen Beschäftigten bei Radio Bremen für das Jahr 2017 vor. In der auf S. 14 dargestellten Entwicklung im Bereich der Führungskräfte ab Gehaltsgruppe XI werde deutlich, dass es leider nicht gelungen sei, eine freigewordene Stelle mit einer Frau wieder zu besetzen. Dem müsse jedoch stets die Entwicklung ab der Gehaltsgruppe X und höher gegenübergestellt werden. Hier habe man in den vergangenen zehn Jahren den Frauenanteil von 31,3 Prozent auf 41,3 Prozent erhöhen können. Dies sei essentiell, da zukünftige Führungskräfte oftmals aus diesem Pool rekrutiert würden. Sie gibt zu bedenken, dass ein Karriereaufbau oftmals einige Jahre in Anspruch nehme.

Frau Nickelsen macht ferner deutlich, dass man bei jeder zu besetzenden Führungsposition intensive beratende Gespräche im engen Austausch mit der Programmdirektion führe. Bei der Einrichtung einer zweiten Redakteursstelle bei Bremen NEXT, habe man sich im Laufe des Bewerbungsverfahrens für die am besten qualifizierte Kollegin entschieden. Da diese eine junge Mutter sei, sei die Stelle ab 1. Juni nun in Teilzeit vergeben worden, obwohl sie als Vollzeitstelle ausgeschrieben war. Zusätzlich weist sie darauf hin, dass diese junge Kollegin Teilnehmerin im ersten Mentoring-Programm gewesen sei, d. h. – so ihre These – dass als Ergebnis aus dem Programm sich die Kollegin ermutigt gefühlt habe, ihre Bewerbung abzugeben. Auf der anderen Seite habe man eine freigewordene AT-Stelle, nachdem man mehrere Jahre eine qualifizierte Kollegin gefördert habe, mit einem Mann besetzt, da die genannte Kollegin Radio Bremen aus persönlichen Gründen verlassen habe.

Als aktuelle Ergänzung zu dem Bericht informiert Frau Nickelsen noch über das Mentoring-Programm Teil 2, in dem man nun vier Kolleginnen und zwei Kollegen für die kommenden zwölf Monate ausgesucht habe, die mit Mentoren oder Mentorinnen zusammen arbeiten werden.

Außerdem habe man einen neuen Frauenförderplan in der ersten Lesung im Direktorium bearbeitet, eine Dienstanweisung zum Thema #metoo verabschiedet und eine CvD-Stelle bei Bremen Vier mit einer Kollegin nachbesetzen können. Radio Bremen setze bereits eine Vielzahl an Maßnahmen um, sei jedoch noch nicht da, wo man letztendlich gerne sein wolle.

Ein Rundfunkratsmitglied fasst zusammen, der Anteil der weiblichen Beschäftigten sei konstant, der Anteil der Männer, die in Teilzeit arbeiten würden, werde jedoch stets geringer bzw. stagniere.

Frau Nickelsen verdeutlicht, man sehe sich bei diesem Thema Strukturen und gesellschaftlichen Annahmen sowie gelebten Modellen gegenüber, die man als Radio Bremen schwer beeinflussen könne. Sie weist darauf hin, dass Teilzeit bei Radio Bremen zum überwiegenden Teil familiäre Teilzeit bedeute und auch von weiblichen Führungskräften beantragt werde – in der Verwaltung würden beispielsweise zwei Führungsfrauen mit 80 Prozent arbeiten. In der AG „Frauen in Führung“ beschäftige man sich seit anderthalb Jahren mit der Frage, wie man männliche Kollegen ermutigen könne, nach der Geburt ihr gesetzliches Recht in Anspruch zu nehmen und auch langfristig in Teilzeit zu gehen. Es gebe Überlegungen, Paten für dieses Vorhaben zu gewinnen und deren Beispiele im Haus zu veröffentlichen. Ferner habe man beschlossen, dass zukünftig auch werdende Väter automatisch ein Informationspaket zum Thema Teilzeit erhalten würden. Aktuell würden zwar viele junge Väter zwei Monate Elternzeit nehmen, anschließend jedoch wieder in Vollzeit arbeiten – während die Frauen Teilzeit beantragen würden.

Auf Nachfrage erläutert **Frau Nickelsen**, im Bereich der Verwaltung beschäftige man aktuell eine Vielzahl an hochqualifizierten Frauen und erhalte auch mehr Bewerbungen von Frauen als von Männern. Demnach sei der Pool, auf den man bei der Vergabe einer höherwertigen Stelle zurückgreife, schwerpunktmäßig weiblich. Im Sinne der Gleichstellung müsse man bei Stellenausschreibungen inzwischen beginnen darauf hinzuweisen, dass man sich in diesem Bereich männliche Bewerber wünsche. Bei Redaktionsverantwortlichen sei es leider komplizierter, beim Aufbau der Redaktionsschichten zur Hin- und Herbewegung auf Sendungen, zusätzlich die Aufteilung zwischen Männern und Frauen zu beachten.

Präsentation „Stellungnahme der Frauenbeauftragten“ (siehe Anhang)

Fragen an die Frauenbeauftragte

Ein Mitglied des Rundfunkrats fragt mit Blick auf das Verhältnis von Moderatorinnen und Moderatoren, ob angestrebt sei dies zu verbessern. Vor allem die Prozentangaben bei Bremen NEXT seien sehr unausgeglichen. Gerade bei einem jungen Programm halte es eine paritätische Geschlechterverteilung für essentiell. Es fragt, ob nicht die zahlreichen Volontärinnen hier eingesetzt werden könnten.

Herr Weyrauch erklärt die Tortendiagramme zu den Moderationen in den einzelnen Wellen, welche die einzelnen Dienste als Grundlage heranziehen würden. Demnach habe man bei Bremen Zwei ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen.

In der Morgensendung von Bremen Vier sei vor einigen Jahren die Kollegin eines prominenten Duos in eine Führungsposition bei Bremen Eins gewechselt und nahezu zeitgleich habe auch bei dem zweiten Team ein Ersatz für die Frau gefunden werden müssen – für die Morgensendungen sei eigentlich jeweils eine Mann/Frau-Paarung vorgesehen gewesen. Trotz umfangreichem Engagement habe man keine zwei neuen Kolleginnen finden können. In zahlreichen Castings habe anschließend neben einer Frau ein Doppel-Männer-

Team überzeugt. Demnach würden nun ein Mann-Frau-Team und ein Mann-Mann-Team im wöchentlichen Wechsel moderieren. Diese Kombinationen würden bei den Hörerinnen und Hörern sehr gut funktionieren. Die bereits genannten Probleme von Bremen Vier könnten entsprechend nicht auf die Morgensendungen zurückgeführt werden.

Bei Bremen NEXT sei zu Beginn des Angebots mit einer Frau am Morgen gestartet worden. Ein Umzug dieser Moderatorin und die anschließende erfolglose Suche nach einer neuen Kollegin, hätten dazu geführt, dass aktuell vermehrt Männer am Morgen moderieren würden. Die Redaktionsleiterin Felicia Reinstädt lege jedoch ein großes Augenmerk auf eine ausgeglichene Geschlechterverteilung.

Auch für den neuen Bremen Eins Wellen-Chef Berthold Brunsen sei es ein wichtiges Anliegen, den Morgen umzugestalten und so für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Moderatorinnen und Moderatoren zu sorgen.

Ein Mitglied des Rundfunkrats stellt fest, dass die Moderatorinnen und Moderatoren die Stimmen eines Unternehmens seien und es nach Außen darstellen würden. Es fragt, ob es inhaltliche Gründe gebe, dass bei Bremen Zwei oder buten un binnen mehr Frauen beschäftigt seien.

Herr Dr. Sondergeld konkretisiert die Nachfrage des Mitglieds dahingehend, ob ein Kultur- und Informationsprogramm für Frauen, die sich für diesen Beruf entscheiden würden, interessanter bzw. attraktiver sei.

Herr Weyrauch verdeutlicht, bei Kulturprogrammen habe man bei Radio Bremen und in anderen Rundfunkanstalten von je her einen hohen Frauenanteil. Er sei jedoch nicht der Meinung, dass es für Frauen unattraktiv sei, bei Bremen Eins, Bremen NEXT oder Bremen Vier zu moderieren. Jedoch sei der Konkurrenzkampf bei den Populär-Programmen sehr hoch. Er weist abschließend darauf hin, dass die Sichtweise des Publikums auf diese Thematik eine komplett andere sei: Bei den Publikumsforschungen sei eine disparitätische Geschlechterverteilung bei Moderationen bisher nie als Problem thematisiert worden. Diese würden sich an ganz anderen programmlichen – vor allem an musikalischen Dingen – stören, aber bisher nie an der Verteilung von männlichen und weiblichen Stimmen.

Ein Rundfunkratsmitglied möchte die diesbezügliche Entwicklung in anderen Landesrundfunkanstalten der ARD – auch in Relation zu Radio Bremen – in Erfahrung bringen und, ob es Sender mit Nachholbedarf gebe oder die Tendenzen stagnieren würden.

Frau Hartz stellt dar, dass die Entwicklungen in den einzelnen Sendern unterschiedlich seien. Es gebe einzelne, die die Forderungen besser umsetzen würden als andere. Beispielsweise sei der rbb, welcher aktuell zum zweiten Mal in Folge von einer Intendantin geführt werde, besser aufgestellt als Radio Bremen. Alle Sender innerhalb der ARD sowie das ZDF hätten eine / einen Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragte/n. Dementsprechend gebe es Bemühungen und Anstrengungen sowie Erfolge. Die genauen Zahlen der Moderation lägen ihr von anderen Sendern jedoch nicht vor.

Herr Niemeyer bestätigt, dass es Zahlenvergleiche innerhalb der ARD in Bezug auf Festanstellungen gebe – demnach sei bekannt, wie viele Frauen bei anderen Landesrundfunkanstalten in Führung beschäftigt seien. Hier liege Radio Bremen im vorderen Drittel. Für den Anteil an Moderatorinnen lägen ihm keine Zahlen vor. Die Erfassung bei freien Mitarbeitenden sei entsprechend schwierig – er werde bezüglich möglicher Zahlen seine Kolleginnen und Kollegen in der ARD kontaktieren.

Herr Dr. Sondergeld regt ebenfalls an, den angesprochenen Vergleich mit anderen Rundfunkanstalten herbeizuführen.

Herr Metzger verweist auf die Tabelle und zugehörige Grafik „Führungskräfte (ab GG XI) in den letzten 10 Jahren“ innerhalb der Stellungnahme der Frauenbeauftragten und macht auf die dargestellte Tendenz aufmerksam. Demnach seien 2008 von 31 Führungskräften lediglich zehn weiblich gewesen. 2018 seien hingegen 18 Frauen und 30 Männer in Führungspositionen beschäftigt. Es müsse stets beachtet werden, dass bei Radio Bremen aufgrund der geringen Fallzahl, lediglich eine männliche Wiederbesetzung große Auswirkungen auf die Statistik habe. In größeren Häusern schlage sich dies nicht so stark in den Statistiken nieder. Es sei dem Direktorium und ihm persönlich sehr wichtig, dass man eine klare Entwicklungspolitik für das Unternehmen verfolge und dass diese auch funktioniere, wie an dem ablesbaren Trend zu beobachten sei.

Auf Nachfrage **eines Mitglieds des Rundfunkrats** stellt **Herr Metzger** fest, dass die Entwicklung von 41 Führungskräften im Jahr 2008 auf 48 im Jahr 2017 auf die Schaffung von neuen CvD-Positionen in den Wellen zurückzuführen sei. Diese beruhe unter anderem auf dem Wunsch der Kolleginnen und Kollegen um Struktur, Ordnung und personelle Kontinuität in den Wellen. Demnach sei jeder einzelne Fall nicht nur begründet, sondern auch begründbar.

Frau Nickelsen ergänzt, diese CvDs hätten die Arbeit vorher bereits als freie Mitarbeitende übernommen. Sie würden jedoch erst ab dem Moment, indem sie festangestellt seien, in der Statistik auftauchen.

Jan Weyrauch führt fort, dass es für die Mitarbeitenden in den Wellen sehr wichtig gewesen sei, feste Ansprechpartnerinnen und -partner sowie klare Verantwortlichkeiten zu haben.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über die Situation der weiblichen Beschäftigten bei Radio Bremen (Beschäftigtenstrukturanalyse) sowie die Stellungnahme der Frauenbeauftragten von Radio Bremen zur Kenntnis.

TOP 14: Bericht der Jugendschutzbeauftragten

Vorlage 13/2018

Bärbel Peters, Jugendschutzbeauftragte

Herr Dr. Sondergeld zeigt sich von der Sorgfalt der Abwägungen, die in dem Bericht zum Ausdruck kämen, beeindruckt. Es werde deutlich, dass die Arbeit für Jugendschutzbeauftragte zunehme, wenn im Programm größere Schwerpunkte für Jugendliche gesetzt würden.

Frau Peters bedankt sich. Wegen des hohen Niveaus der Anfragen trete sie letztendlich in Wertediskussionen mit den Absenderinnen und Absendern.

Fragen an die Jugendschutzbeauftragte

Ein Rundfunkratsmitglied macht auf Werbetrailer für Sendungen, die zu einem späteren Zeitpunkt am Abend ausgestrahlt würden, aufmerksam. Diese würden oftmals Inhalte enthalten, die für jüngere Zuschauende ungeeignet seien, jedoch bereits um 18:00 Uhr ausgestrahlt würden.

Frau Peters verdeutlicht, dass es für Trailer tatsächlich eine andere Regelung gebe als früher; bisher habe man Trailer für Sendungen, die für Menschen ab zwölf Jahren freigegeben seien, erst zu späterer Stunde zeigen dürfen. Diese Regelung sei abgeschafft worden und die ARD mache davon auch Gebrauch, da man mit Produktionen wie dem Tatort gerne ein breiteres Publikum erreichen wolle. Natürlich dürften keine Szenen enthalten sein, die Jugendliche oder Kinder abschrecken könnten. Demnach dürfe kein Blut zu sehen sein und keine Angst erzeugt werden. Um die Kritik des Mitglieds nachvollziehen zu können, müsste sie die entsprechenden Trailer im Einzelfall ansehen.

Herr Dr. Kuhn merkt an, dass man über das Thema „Gewalt“ bereits mehrfach im ARD-Programmbeirat beraten habe. In der gestrigen Sitzung mit den Programmdirektorinnen und -direktoren habe man unter anderem kontrovers über die Tatorte mit Till Schweiger diskutiert. Der NDR betone, dass es sich bei den dargestellten Szenen nicht um Gewalt, sondern lediglich um Action handle. Ferner werde stets auf geänderte Sehgewohnheiten abgestellt.

Ein Mitglied des Gremiums schließt sich der Wertschätzung zu dem Bericht an. Es regt an, das Thema Jugendschutz in einer Sitzung zu vertiefen. In dem Bericht werde deutlich, dass in der Debatte um Gewaltdarstellungen Hypothesen eine Rolle spielen würden.

Herr Dr. Sondergeld greift den Vorschlag auf und wird ihn im Präsidium für eine Fortbildungsveranstaltung im kommenden Jahr vorschlagen.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht der Jugendschutzbeauftragten für 2017 zur Kenntnis.

TOP 15: Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben

Vorlage 14/2018

Ein Rundfunkratsmitglied berichtet von Rückmeldungen, die es zu einem Beitrag von „Bremen Zwei unterwegs“ erreicht hätten. In der Ausgabe zur Inklusion am Gymnasium in Bremen Horn sei ihm von beteiligten Personen berichtet worden, dass beispielsweise die Redakteurin im Nachhinein zugegeben habe, dass die Leiterin des Gymnasiums im Bericht als Gegnerin der Inklusion isoliert werden sollte. Weitere ähnliche Berichte würden ebenfalls die neutrale Herangehensweise an das Thema in Frage stellen und sich nicht mit dem Anspruch ausgewogener Berichterstattung decken. Es bittet um Rückmeldung bzw. über Informationen im Zusammenhang mit dem Sendeformat.

Herr Dr. Sondergeld regt an, dies mit in die kommende Fortbildungsveranstaltung zu journalistischen Standards mit aufzunehmen.

Herr Weyrauch informiert, Bremen Zwei „Unterwegs“ sei eine wöchentliche Sendung, welche sich aktuellen Brennpunkten widme. Er sei mit dem Fall des Horner Gymnasiums vertraut – höre diese Äußerungen jedoch zum ersten Mal und werde dem nachgehen. Ferner bestätigt er, dass das genannte Zitat, wenn es denn so gefallen sein sollte, nicht mit der journalistischen Ethik vereinbar sei, die man bei Radio Bremen lebe.

Herr Metzger weist darauf hin, dass man für solche Eingaben das Institut der Programmbeschwerden etabliert habe. Es sei schwierig, auf Basis von Wahrnehmungen über Dritte informiert zu werden. Insofern bitte er darum, im Vorfeld einer Sitzung zur Vorbereitung die Fakten schriftlich zu erhalten, um eine Diskussion sowie Beantwortung zu ermöglichen.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben in der Zeit vom 16. Januar 2018 bis 30. April 2018 zur Kenntnis.

TOP 16: Änderung der Aufwandsentschädigungen für die Gremien von Radio Bremen

Vorschlag des Präsidiums

Herr Dr. Sondergeld erläutert, dass sich das Präsidium mehrfach mit diesem Thema befasst habe. Wie in der Vorlage dargestellt, seien die jetzigen Aufwandsentschädigungen vor mehr als 20 Jahren angepasst worden. In der Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses am 31. Mai 2018 seien die drei in der Vorlage vorgesehenen Beschlüsse um einen weiteren ergänzt worden.

Das Präsidium sei im Laufe der Überlegungen zu dem Schluss gekommen, alle pauschalen Zahlungen zu belassen und dafür die aktive Sitzungsteilnahme zu „belohnen“ (siehe 1. Beschlussvorschlag). Ferner seien dem Vorsitzenden bei der Recherche zwei – im Vergleich zu anderen Landesrundfunkanstalten – bisher benachteiligte Personengruppen aufgefallen. Aus diesem Grund schlage man vor, für die Vorsitzenden der Rundfunkratsausschüsse

ebenfalls eine monatliche Aufwandsentschädigung, analog zu der des stellvertretenden Rundfunkratsvorsitzenden, einzuführen (siehe 2. Beschlussvorschlag). Außerdem empfehle man für die Mitglieder des Verwaltungsrats Sitzungsgelder in derselben Höhe wie für die Mitglieder des Rundfunkrats einzuführen (siehe 3. Beschlussvorschlag). Der Finanz- und Organisationsausschuss habe den Vorschlag dahingehend ergänzt, dass das Sitzungsgeld des ordentlichen und stellvertretenden Mitglieds im ARD-Programmbeirat auf 190 € pro Sitzungstag erhöht werde (siehe Kurzprotokoll über die Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses am 31.05.2018).

Ein Mitglied des Rundfunkrats erklärt, es könne die Entscheidungen und Überlegungen des Präsidiums nachvollziehen und werde entsprechend bei dem 2., 3., und 4. Beschlussvorschlag mit abstimmen. Es tue sich jedoch schwer, über das eigene Sitzungsgeld zu bestimmen und bitte dementsprechend um eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlussvorschläge. Für zukünftige Änderungen der Aufwandsentschädigungen regt es eine Verfahrensänderung an.

Herr Dr. Sondergeld bestätigt, dass eine getrennte Abstimmung ohnehin vorgesehen sei. Bezüglich einer Verfahrensänderung bestätigt er, dass eine Abstimmung über die eigenen Aufwandsentschädigungen „ungemütlich“ sei und es aktuell auch beim Rundfunkbeitrag eine diesbezügliche Diskussion gebe. Der Vorschlag des Präsidiums sei dementsprechend nach außen vertretbar, da besondere Aktivität belohnt werde. Ferner befinde man sich nach wie vor am unteren Rand mit vergleichbaren Anstalten.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied spricht sich dafür aus, das Selbstbewusstsein zu haben, die Abstimmung durchzuführen. Bei einer Enthaltung aller, könnten keine Beschlüsse mehr gefasst werden. Bezüglich einer Verfahrensänderung verweist es auf die Aufwandsentschädigungen beim WDR, welche im WDR-Gesetz geregelt seien. Es schlage vor, solche internen Angelegenheiten nicht per Gesetz durch die Bürgerschaft regeln zu lassen.

Nach etwa zwanzigjähriger ausbleibender Anpassung der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Rundfunkrats sowie die Mitglieder des Verwaltungsrats an die Teuerungsrate werden folgende Neuregelungen getroffen:

- 1. Der Rundfunkrat beschließt bei drei Enthaltungen, das Sitzungsgeld für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Rundfunkrats ab 1. Juli 2018 auf 60 € pro Sitzungsteilnahme zu erhöhen. Alle monatlichen und jährlichen Pauschalen bleiben dafür in der Höhe unverändert.**
- 2. Der Rundfunkrat beschließt bei zwei Enthaltungen, dass die Vorsitzenden der Rundfunkratsausschüsse ab 1. Juli 2018 eine monatliche Pauschale von 96 € erhalten.**

3. **Der Rundfunkrat beschließt einstimmig, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats ab 1. Juli 2018 ein Sitzungsgeld wie die Mitglieder des Rundfunkrats erhalten.**
4. **Der Rundfunkrat beschließt einstimmig, das Sitzungsgeld des ordentlichen und des stellvertretenden Mitglieds im ARD-Programmbeirat auf 190 € pro Sitzungstag zu erhöhen.**

TOP 17: Wahl einer Findungskommission zur Wahl einer Intendantin / eines Intendanten

Vorlage des Rundfunkratsvorsitzenden

Herr Dr. Sondergeld weist darauf hin, dass das Radio Bremen-Gesetz in § 18 Abs. 2 zur Vorbereitung einer anstehenden Wahl oder Wiederwahl die Bildung einer Findungskommission durch den Rundfunkrat unter Beteiligung des Verwaltungsrats vorsehe. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats sowie Herr Dr. Sondergeld hätten sich in Vorgesprächen mit Herrn Metzger darauf verständigt, nach der Sommerpause über die weitere Zusammenarbeit zu sprechen.

Neben der angesprochenen Vorschrift zur Bildung einer Findungskommission seien im Gesetz keine weiteren Regelungen enthalten. In Anlehnung an frühere Findungskommissionen habe man wieder neun Mitglieder vorgeschlagen und versucht die Struktur des Rundfunkrats widerzugeben. Ferner seien der Rundfunkratsvorsitzende sowie die Stellvertretung und der Verwaltungsratsvorsitzende als auch seine Stellvertretung Mitglieder der Kommission. Hier sei von Vorteil, dass durch den stellvertretenden Verwaltungsratsvorsitzenden die Belegschaft von Radio Bremen ebenfalls mit eingebunden sei. Um eine Ausgewogenheit in den Geschlechtern herzustellen, seien die übrigen vier vorgeschlagenen Mitglieder des Rundfunkrats weiblich.

Ein Rundfunkratsmitglied merkt an, dass es keinen anderen Vorschlag bezüglich Zusammensetzung und Größe der Findungskommission unterbreiten werde und dem vorgelegten Beschlussvorschlag zustimme. Es regt für zukünftige Wahlen an, die Vielfalt des Gremiums besser abzubilden.

Auf Nachfrage erläutert **Herr Prof. Dr. von der Vring** generell die Aufgaben der Findungskommission. Die Findungskommission lege dem Rundfunkrat einen Vorschlag für die Wahl einer Intendanten bzw. eines Intendanten vor und berichte im Fall einer Ausschreibung und/oder einer sonstigen Kandidatinnen- bzw. Kandidatensuche über die Lage der Bewerbungen. Dabei sei die Arbeit der Findungskommission in Gesprächen mit möglichen Kandidatinnen und Kandidaten stets voll vertraulich – dies habe sich im Hinblick auf mögliche Pressemeldungen in der Vergangenheit bewährt. Die Findungskommission befasse sich mit den Vorschlägen der Mitglieder.

1. **Der Rundfunkrat spricht sich einstimmig für die Bildung einer Findungskommission im Sinne des § 18 Abs. 2 Radio Bremen-Gesetz durch die Wahl ihrer Mitglieder aus.**
2. **Der Rundfunkrat beschließt bei einer Enthaltung die Mitglieder der Findungskommission in nicht geheimer Wahl zu bestimmen.**
3. **Der Rundfunkrat stimmt einstimmig dafür, die Wahl der Mitglieder der Findungskommission als Blockwahl durchzuführen.**
4. **Der Rundfunkrat wählt bei einer Enthaltung die folgenden drei vom Verwaltungsrat nominierten Mitglieder – Prof. Dr. Thomas von der Vring, Roland Warmbein, Dr. Wolfgang Schrörs – sowie folgende sechs Mitglieder des Rundfunkrats als Mitglieder der Findungskommission: Dr. Klaus Sondergeld, Matthias Dembski, Annika Brinkmann, Annette Düring, Christine Finckh und Dr. Beate Porombka.**

TOP 18: Verschiedenes

Ein Rundfunkratsmitglied verweist auf ein Anliegen der Jungen Europäischen Föderalisten und der Europa-Union, welche sich an die Intendantinnen und Intendanten der Landesrundfunkanstalten gewandt hätten, um sich im Rahmen der Vorbereitungen für die Europawahl im kommenden Jahr, für eine Ausstrahlung des Duells der Spitzenkandidaten zur Prime Time einzusetzen.

Herr Metzger bestätigt, dass ein entsprechender Brief postalisch eingegangen sei. Man werde wahrscheinlich auf der kommenden ARD-Sitzung darüber beraten.

Herr Prof. Dr. von der Vring merkt an, dass es einen Entschluss der Intendantinnen und Intendanten gegeben habe, zur nächsten Bundestagswahl kein Kanzlerduell mehr zu senden. Möglichweise gelte dies auch in Bezug auf die Europawahl.

Herr Metzger weist darauf hin, dass diese Diskussion noch im Fluss sei. Man habe bisher lediglich von der gemeinsamen Übertragung mit den privaten Fernsehsendern Abstand genommen.

Ein Mitglied des Gremiums stellt fest, dass es Autorinnen und Autoren der Filmbranche momentan für mehr Aufmerksamkeit und bessere Honorierung kämpfen würden. In diesem Zusammenhang macht es darauf aufmerksam, dass Stefan Titze, unter anderem Autor bei „Kroymann“ (Sketch „Spießler“), den Studio-Hamburg-Nachwuchspreis gewonnen habe.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Sondergeld schließt die öffentliche Rundfunkratssitzung um 20:05 Uhr.

Genehmigt:

gez. Dr. Klaus Sondergeld

Protokoll:

gez. Nina Gabriel